

**STEPHAN MAYER**  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES  
INNENPOLITISCHER SPRECHER



**CDU/CSU** Fraktion im  
Deutschen Bundestag

**MICHAEL HARTMANN**  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES  
INNENPOLITISCHER SPRECHER



**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

Vorsitzenden des Innenausschusses  
Herrn  
Wolfgang Bosbach, MdB

Per E-Mail: [INNENAUSSCHUSS@BUNDESTAG.DE](mailto:INNENAUSSCHUSS@BUNDESTAG.DE)  
Per Fax: 36994

**Deutscher Bundestag**

Innenausschuss

Ausschussdrucksache  
18(4)107

Berlin, 26. Juni 2014

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

zu dem „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens“ (Drucksache 18/1284) übersenden wir den beiliegenden Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen und bitten, diesen zur Beschlussfassung aufzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Stephan Mayer MdB

Michael Hartmann MdB

POSTANSCHRIFT PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN WWW.CDUCSU.DE  
BÜROANSCHRIFT PAUL-LÖBE-HAUS 10117 BERLIN  
TELEFON (030) 227-74932 TELEFAX (030) 227-76781 E-MAIL [STEPHAN.MAYER@BUNDESTAG.DE](mailto:STEPHAN.MAYER@BUNDESTAG.DE)

POSTANSCHRIFT PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN WWW.SPDFRAKTION.DE  
BÜROANSCHRIFT DOROTHEENSTRASSE 100 10117 BERLIN  
TELEFON (030) 227-74837 TELEFAX (030) 227-76609 E-MAIL [MICHAEL.HARTMANN@BUNDESTAG.DE](mailto:MICHAEL.HARTMANN@BUNDESTAG.DE)

**Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD  
im Innenausschuss des Deutschen Bundestages**

**zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens**

– Drucksache 18/1284 –

Der Ausschuss möge beschließen, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 18/1284 – mit folgenden Änderungen anzunehmen:

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

1) Nummer 1 Buchstabe d wird wie folgt geändert:

a) Doppelbuchstabe aa wird wie folgt gefasst:

„aa) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) Nach dem Wort „Aufgaben“ werden die Wörter „nicht jedoch zu arbeitsrechtlichen Zwecken“ eingefügt.

bbb) In Nummer 11 werden nach dem Wort "Nebenwohnung," die Wörter "die letzte frühere Anschrift," eingefügt.

ccc) In Nummer 13 werden nach dem Wort „verheiratet“ die Wörter „oder eine Lebenspartnerschaft führend“, nach dem Wort „Verheirateten“ die Wörter „oder Lebenspartnern“ und nach dem Wort „Eheschließung“ die Wörter „oder der Begründung der Lebenspartnerschaft“ eingefügt.’

b) Nach Doppelbuchstabe aa wird folgender Doppelbuchstabe bb eingefügt:

„In Absatz 2 Nummer 5 werden nach dem Wort „Anschriften,“ die Wörter "und letzte frühere Anschrift," eingefügt.’

c) Der bisherige Doppelbuchstabe bb wird Doppelbuchstabe cc.

d) Folgender Doppelbuchstabe dd wird angefügt.

„Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 4a eingefügt:

"(4a) Die Meldebehörden dürfen den öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften jeweils zu Beginn einer standardisierten Datenübermittlung zu einem bundesweit einheitlichen Stichtag die in Absatz 1 und 2 genannten sowie die gemäß § 55 Absatz 2 durch Landesrecht bestimmten Daten innerhalb von längstens zwölf Monaten automatisiert übermitteln,

um einen einmaligen Abgleich zum Zwecke der Bestands- und Ersterfassung und darauf aufbauende Folgedatenübermittlungen zu ermöglichen. Dabei sind auch Widersprüche nach § 42 Absatz 3 Satz 2 zu übermitteln. Der jeweilige Stichtag wird vom Bundesministerium des Innern im Bundesanzeiger bekannt gegeben.“

2) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 4 wird wie folgt gefasst:

„Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am 1. November 2015 in Kraft. In Artikel 1 treten die §§ 55 bis 57 am [einsetzen: Datum des Tages des Inkrafttretens nach Artikel 2] in Kraft. Das Melderechtsrahmengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 2002 (BGBl. I S. 1342), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 8. April 2013 (BGBl. I S. 730) geändert worden ist, tritt am 1. November 2015 außer Kraft.“

## **Begründung**

### **Zu Artikel 1 Nummer 1 (§ 42 BMG)**

#### **Zu Buchstaben a und b**

##### **Zu Buchstabe a Doppelbuchstabe aa Dreifachbuchstabe aaa**

Die Regelung stellt klar, dass die Meldedaten, die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften übermittelt werden, nicht zu arbeitsrechtlichen Zwecken übermittelt werden, so dass sie gemäß § 41 Satz 1 BMG von den Religionsgesellschaften auch nicht für solche Zwecke verwendet werden dürfen.

Die Änderung beruht auf einer Prüfbitte des Bundesrates.

##### **Zu Buchstabe a Doppelbuchstabe aa Dreifachbuchstabe bbb und Buchstabe b**

Die Regelungen des § 42 Absatz 1 Nummer 11 und Absatz 2 Nummer 5 entsprechen § 19 Absatz 1 Nummer 9 und Absatz 2 Satz 3 Melderechtsrahmengesetz in Verbindung mit den jeweils einschlägigen landesrechtlichen Regelungen. Danach ist derzeit vorgesehen, auch die letzte frühere Anschrift der Mitglieder und der Familienangehörigen einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft an diese zu übermitteln. Die Meldebehörden können durch eine Übermittlung der letzten früheren Anschrift entlastet werden, da die Anfragen der Religionsgesellschaften bei den Meldebehörden der Wegzugsbehörden auf Grund des ihnen möglichen Datenabgleichs rückläufig sein werden. Die Änderung entspricht einem Vorschlag des Bundesrates.

##### **Zu Buchstabe a Doppelbuchstabe aa Dreifachbuchstabe ccc**

Redaktionelle Änderung aufgrund der Einfügungen des Buchstaben a Doppelbuchstabe aa Dreifachbuchstaben aaa und bbb.

##### **Zu Buchstabe c**

Redaktionelle Änderung aufgrund der Einfügung des Buchstaben b.

##### **Zu Buchstabe d**

Regelmäßige Datenübermittlungen auf elektronischen Weg an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften werden zukünftig unter Anwendung der im Meldewesen verwendeten Standards OSCI-XMeld und OSCI-Transport erfolgen, sofern der Empfänger dies wünscht. Zur Inbetriebnahme ist es erforderlich, den Datenbestand der Meldebehörden zu den jeweiligen Kirchenmitgliedern und ihren Familienangehörigen einmal zu übermitteln, um diesen konsolidierten Datenbestand dann fortlaufend ak-

tualisieren zu können. Folgedatenübermittlungen müssen auf einen validen Erstbestand treffen, um für die Datenempfänger nutzbar zu sein.

Nicht alle öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften werden von Beginn an den neuen Standard nutzen. Für den Fall, dass zu einem späteren Zeitpunkt weitere dem Standard beitreten, stellt die Regelung sicher, dass an diese ebenfalls eine einmalige Bestandsdatenübermittlung vorgenommen werden darf und der Stichtag hierfür festzulegen ist.

Die Änderung entspricht in modifizierter Form einem Vorschlag des Bundesrates.

### **Zu Artikel 1 Nummer 2 (Inkrafttreten)**

Für das Inkrafttreten des Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens wird der 1. November 2015 bestimmt. Hierdurch wird den erforderlichen technisch-organisatorischen Umsetzungsmaßnahmen zu jenem Gesetz, diesem Änderungs-gesetz sowie zu den jeweiligen Folgeregelungen des Bundes und der Länder unter Beachtung der Termine für reguläre Versionswechsel von technischen Standards und Fachverfahrensprogrammen in der Innenverwaltung, (1. Mai und 1. November eines Jahres) Rechnung getragen.

Zusätzlich erfolgt eine redaktionelle Änderung. Sie entspricht einem Vorschlag des Bundesrates.

**Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD  
im Innenausschuss des Deutschen Bundestages**

**zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens**

– Drucksache 18/1284 –

Der Ausschuss möge beschließen, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 18/1284 – mit folgenden Änderungen anzunehmen:

<b>Gesetzentwurf der Bundesregierung</b>	<b>Beschlüsse des 4. Ausschusses</b>
<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens</b>
Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:
<b>Artikel 1</b>	<b>Artikel 1</b>
Das Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens vom 3. Mai 2013 (BGBl. I S. 1084) wird wie folgt geändert:	Das Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens vom 3. Mai 2013 (BGBl. I S. 1084) wird wie folgt geändert:
1. Artikel 1 wird wie folgt geändert:	1. Artikel 1 wird wie folgt geändert:
a) § 3 Absatz 2 Nummer 2 wird wie folgt geändert:	a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
aa) In Buchstabe c werden nach dem Wort „Ehe“ die Wörter „oder Lebenspartnerschaft“ eingefügt.	aa) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
bb) In Buchstabe d Doppelbuchstabe aa werden nach dem Wort „Ehegatten“ die Wörter „oder Lebenspartners“ eingefügt.	bb) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
b) In § 10 Absatz 1 Satz 2 werden nach dem Wort „Abrufverfahren“ die Wörter „oder eine automatisierte Melderegisterauskunft nach § 49 Absatz 1“ eingefügt.	b) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
c) In § 36 Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „§ 58 Absatz 1 des Wehrpflichtgesetzes“ durch die Wörter „§ 58c Absatz 1 Satz 1 des Soldatengesetzes“ ersetzt.	c) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

d) § 42 wird wie folgt geändert:	d) § 42 wird wie folgt geändert:
	aa) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
	<b>aaa) Nach dem Wort „Aufgaben“ werden die Wörter „nicht jedoch zu arbeitsrechtlichen Zwecken“ eingefügt.</b>
	<b>bbb) In Nummer 11 werden nach dem Wort "Nebenwohnung," die Wörter "die letzte frühere Anschrift," eingefügt.</b>
aa) In Absatz 1 Nummer 13 werden nach dem Wort „verheiratet“ die Wörter „oder eine Lebenspartnerschaft führend“, nach dem Wort „Verheirateten“ die Wörter „oder Lebenspartnern“ und nach dem Wort „Eheschließung“ die Wörter „oder der Begründung der Lebenspartnerschaft“ eingefügt.	<b>ccc) In Nummer 13 werden nach dem Wort "verheiratet" die Wörter „oder eine Lebenspartnerschaft führend“, nach dem Wort „Verheirateten“ die Wörter „oder Lebenspartnern“ und nach dem Wort „Eheschließung“ die Wörter „oder der Begründung der Lebenspartnerschaft“ eingefügt.</b>
	<b>bb) In Absatz 2 Nummer 5 werden nach dem Wort "Anschriften," die Wörter "und letzte frühere Anschrift," eingefügt.</b>
bb) In Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Ehegatte“ die Wörter „oder Lebenspartner“ eingefügt.	<b>cc) In Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Ehegatte“ die Wörter „oder Lebenspartner“ eingefügt.</b>
	<b>dd) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 4a eingefügt: "(4a) Die Meldebehörden dürfen den öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften jeweils zu Beginn einer standardisierten Datenübermittlung zu einem bundesweit einheitlichen Stichtag die in Absatz 1 und 2 genannten sowie die gemäß § 55 Absatz 2 durch Landesrecht bestimmten Daten innerhalb von längstens zwölf Monaten automatisiert übermitteln, um einen einmaligen Abgleich zum Zwecke der Bestands- und Ersterfassung und darauf aufbauende Folge-</b>

	<b>datenübermittlungen zu ermöglichen. Dabei sind auch Widersprüche nach § 42 Absatz 3 Satz 2 zu übermitteln. Der jeweilige Stichtag wird vom Bundesministerium des Innern im Bundesanzeiger bekannt gegeben."</b>
e) § 49 wird wie folgt geändert:	e) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
aa) Absatz 1 Satz 3 wird aufgehoben.	aa) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
bb) In Absatz 5 wird das Wort „ gilt“ durch die Wörter „und § 40 gelten“ ersetzt.	bb) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. Artikel 2 wird wie folgt geändert:	2. Artikel 2 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 8 wird durch die folgenden Absätze 8 und 8a ersetzt:	a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
"(8) In § 24 Absatz 6 Satz 1 Nummer 1 des Wehrpflichtgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. August 2011 (BGBl. I S. 1730), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 8. April 2013 (BGBl. I S. 730) geändert worden ist, werden die Wörter "allgemeinen Meldepflicht nach den Vorschriften der Landesmeldegesetze" durch die Wörter "Meldepflicht nach § 17 Absatz 1 und 2 des Bundesmeldegesetzes" ersetzt.	
(8a) In § 58c Absatz 1 Satz 2 des Soldatengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 2005 (BGBl. I S. 1482), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. April 2013 (BGBl. I S. 730) geändert worden ist, werden die Wörter "§ 18 Absatz 7 des Melderechtsrahmengesetzes" durch die Wörter "§ 36 Absatz 2 des Bundesmeldegesetzes" ersetzt."	
b) Absatz 10 wird wie folgt gefasst:	b) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„(10) In § 139b Absatz 3 Nummer 12, Absatz 5 Satz 2 und Absatz 6 Satz 1 Nummer 10 der Abgabenordnung in der Fas-	

<p>sung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 18. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4318) geändert worden ist, werden die Wörter „Übermittlungssperren nach dem Melderechtsrahmengesetz und den Meldegesetzen der Länder " durch die Wörter „Auskunftssperren nach dem Bundesmeldegesetz" ersetzt.“</p>	
<p>c) In Absatz 14 werden die Wörter „§ 12 Absatz 2 des Melderechtsrahmengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1430), geändert durch Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes vom 12. Juli 1994 (BGBl. I S. 1497),“ durch die Wörter „§ 12 Absatz 2 des Melderechtsrahmengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 2002 (BGBl. I S. 1342), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 8. April 2013 (BGBl. I S. 730) geändert worden ist,“ ersetzt.</p>	<p>c) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>3. Artikel 4 wird wie folgt geändert:</p>	<p>3. Artikel 4 wird wie folgt gefasst:</p>
<p>a) <i>In Satz 1 werden nach dem Wort „tritt“ die Wörter „vorbehaltlich des Satzes 2“ eingefügt.</i></p>	<p>Dieses Gesetz tritt <b>vorbehaltlich des Satzes 2</b> am 1. <b>November</b> 2015 in Kraft.</p>
<p>b) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:  „In Artikel 1 treten die §§ 55 bis 57 am [einsetzen: Datum des Tages des Inkrafttretens nach Artikel 2] in Kraft.“</p>	<p>In Artikel 1 treten die §§ 55 bis 57 am [einsetzen: Datum des Tages des Inkrafttretens nach Artikel 2] in Kraft.</p>
	<p><b>Das</b> Melderechtsrahmengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 2002 (BGBl. I S. 1342), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 8. April 2013 (BGBl. I S. 730) geändert worden ist, <b>tritt am 1. November 2015</b> außer Kraft.</p>

<b>Artikel 2</b>	<b>Artikel 2</b>
Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.	u n v e r ä n d e r t

## **Begründung**

### **Zu Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe d (§ 42 BMG)**

#### **Zu Doppelbuchstaben aa und bb**

#### **Zu Doppelbuchstabe aa Dreifachbuchstabe aaa**

Die Regelung stellt klar, dass die Meldedaten, die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften übermittelt werden, nicht zu arbeitsrechtlichen Zwecken übermittelt werden, so dass sie gemäß § 41 Satz 1 BMG von den Religionsgesellschaften auch nicht für solche Zwecke verwendet werden dürfen.

Die Änderung beruht auf einer Prüfbitte des Bundesrates.

#### **Zu Doppelbuchstabe aa Dreifachbuchstabe bbb und Doppelbuchstabe bb**

Die Regelungen des § 42 Absatz 1 Nummer 11 und Absatz 2 Nummer 5 entsprechen § 19 Absatz 1 Nummer 9 und Absatz 2 Satz 3 Melderechtsrahmengesetz in Verbindung mit den jeweils einschlägigen landesrechtlichen Regelungen. Danach ist derzeit vorgesehen, auch die letzte frühere Anschrift der Mitglieder und der Familienangehörigen einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft an diese zu übermitteln. Die Meldebehörden können durch eine Übermittlung der letzten früheren Anschrift entlastet werden, da die Anfragen der Religionsgesellschaften bei den Meldebehörden der Wegzugsbehörden auf Grund des ihnen möglichen Datenabgleichs rückläufig sein werden. Die Änderung entspricht einem Vorschlag des Bundesrates.

#### **Zu Doppelbuchstabe aa Dreifachbuchstabe ccc**

Redaktionelle Änderung aufgrund der Einfügungen des Doppelbuchstaben aa Dreifachbuchstaben aaa und bbb.

#### **Zu Doppelbuchstabe cc**

Redaktionelle Änderung aufgrund der Einfügung des Doppelbuchstaben bb.

#### **Zu Doppelbuchstabe dd**

Regelmäßige Datenübermittlungen auf elektronischen Weg an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften werden zukünftig unter Anwendung der im Meldewesen verwendeten Standards OSCI-XMeld und OSCI-Transport erfolgen, sofern der Empfänger dies wünscht. Zur Inbetriebnahme ist es erforderlich, den Datenbestand der

Meldebehörden zu den jeweiligen Kirchenmitgliedern und ihren Familienangehörigen einmal zu übermitteln, um diesen konsolidierten Datenbestand dann fortlaufend aktualisieren zu können. Folgedatenübermittlungen müssen auf einen validen Erstbestand treffen, um für die Datenempfänger nutzbar zu sein.

Nicht alle öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften werden von Beginn an den neuen Standard nutzen. Für den Fall, dass zu einem späteren Zeitpunkt weitere dem Standard beitreten, stellt die Regelung sicher, dass an diese ebenfalls eine einmalige Bestandsdatenübermittlung vorgenommen werden darf und der Stichtag hierfür festzulegen ist.

Die Änderung entspricht in modifizierter Form einem Vorschlag des Bundesrates.

### **Zu Artikel 1 Nummer 3 (Inkrafttreten)**

Für das Inkrafttreten des Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens wird der 1. November 2015 bestimmt. Hierdurch wird den erforderlichen technisch-organisatorischen Umsetzungsmaßnahmen zu jenem Gesetz, diesem Änderungsgesetz sowie zu den jeweiligen Folgeregelungen des Bundes und der Länder unter Beachtung der Termine für reguläre Versionswechsel von technischen Standards und Fachverfahrensprogrammen in der Innenverwaltung, (1. Mai und 1. November eines Jahres) Rechnung getragen.

Zusätzlich erfolgt eine redaktionelle Änderung. Sie entspricht einem Vorschlag des Bundesrates.